

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal am Mittwoch
Sonnabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgelegt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und
die Verteiler, die Zeitungsboten und die
Schiffpoststellen entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Verkehrs-
störung usw. erlischt jeder Anspruch auf Er-
lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 24.

Antliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für aufzer-
halb Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil
15 Goldpfennig, einseitig, umhüllender, Spätergelte
und laborierter Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Annahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbezugsamt.

Nr. 90.

Sonnabend, den 8. November 1924.

27. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung beabsichtigt amtlich Anfordungsanträgen
haushälterischer Natur über heimische Leistungen in Deutschland
als Gründungen.

* Die amtliche bayerische Staatszeitung weist auf Gerichte
von in Bayern angelegten verschiedenen Umstrukturierungen als
wichtig hin.

* Die Verordnungen in den Rheinprovinzen durch das Hoch-
wasser sind derart, daß Hilfe von der Regierung gefordert
wird.

* Nach der Wahl Coolidges zum Präsidenten der Vereinigten
Staaten wurde ein Programm veröffentlicht, nach dem Coolidge
sich am Aufbau Deutschlands beteiligen werde.

* In Peking wurde der unabhängige, bisher noch im kaiserlichen
Palast befristete Sogantentatler betrieben und das kaiserliche
Stadtviertel besetzt.

Französische Lachereien.

Man sprach in Deutschland von der „letzten“ Militär-
kontrolle, die zurzeit im Gange ist. Aber was schon früher
erlebt wurde, stellt sich jetzt wieder ein: zu rechter Zeit,
nämlich ehe die Kontrolle zu Ende ist, ergaben sich Funde
von ein paar Rollen alten Stachelbrats, angeblicher
Kaiserfestes für Wachstingewehre oder, was das wils-
kommenste ist, Zwischensalle. So im Augenblick in der
Anglostadt, wo bei einem Kontrollbesuch in der
Waffenmeierei zwei Exzentriker vor einer erregten
Volksmenge befestigt wurden. Die bayerische Staats-
regierung hat sofort strenge Untersuchung eingeleitet.
Der am Ort und Stelle befindliche Polizeibeamte ist vor-
sufig vom Dienst entbunden worden. Allgemein ist die
Aufassung, daß die Erregung über diese Kontrollbetatigungen
verfandlich sei, daß man aber alle Ausschreitungen
vermitteln muß, da ja Deutschland zur Duldung ver-
pflichtet ist.

Aber — und das ist bezeichnend — Frankreich
wird durch seine Presse mit den wildesten Verdachseln
aus Deutschland ubersuht. Wie bestellte Arbeit
klingt es, wenn auch in der *Zeitung* in London
samt der früheren Minister *Stowe* erklärt, daß
Deutschland trotz aller Kontrollen in wenigen Monaten
keine Gesamtmenge wiederherstellen könne. Die Absicht
„es also deutlich man will, beweisen“, daß selbst die aus-
giebigste Kontrolle des Völkerbundes über die militärischen
Rüstungen Deutschlands nicht genüge, sondern daß die
Entzerrung diese Kontrolle behalten müsse. Daß dabei in
einigen der Verfallter Vertrag verletzt wird, spielt keine
Rolle.

Das j. W. der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“
nun aber angebliche Aussagen von Offizieren der inter-
nationalen Militärkommission hinsichtlich ihrer Tätigkeit ver-
fandlich, war ein solch komplizierter Anfang, daß er sogar
einer halbamtlichen deutschen Zurechtweisung gebluhigt
wurde, aus der man anhand über das Schreiben der
Kommission erfährt. Junacht wird festgestellt, daß die
Kontrollkommissionen bisher nicht weniger als 932 Be-
funde ausgesprochen haben, darunter nicht weniger als 203
Befunde bei Fabriken, oder jeden Vorfalles sind diese
fast 1000 Befunde verlaufen. Im übrigen wurde von
der französischen Presse bewirkt oder unbewirkt die Un-
wahrheit verbreitet, wenn zum Beispiel behauptet wird,
daß man auf den Schiefhanden *Wulfe* bei
Spanan ein bedeutendes Lager von Wachstingewehren
gefunden habe. In Wirklichkeit war die Sache so, daß
man dort *Wulfe* in *Spanan* veranlaete, die heran-
gebrachten deutschen Arbeiter sich dann weigerten, die
Arbeit für die Kontrollkommission zu vollziehen, und diese dann
selber zum Spaten greifen mußten. Gefunden wurden
dann glücklich ein paar Rollen verfallter Stachelbrat,
leere Patronenrosten und Revolvertrommeln.

Sogar die Fabrikation von Granatenhilfen habe die
Kontrollkommission festgestellt, so behauptet das „Echo de
Paris“. Wlo past ihr dabei die Verwechslung mit die
Stichlachen für *Vieraparate*, und daher stellt die
deutsche Erklärung an die französische Zeitung die For-
derung, doch nun einmal eine Präzision in Namen anzu-
geben, wo Kriegsgewat oder Munition hergestellt werden,
und die dabei von der Kontrollkommission erwischt wor-
den sei. Ebensoviele seien in den Rustfestungen Schwe-
nunde und Curhaven neue Befestigungsanlagen durch
die Kontrollkommission festgestellt worden. Für jeden
Kenner der urlichen Verhältnisse sind derartige Be-
hauptungen Lachereien. Wenn man der deutschen Re-
gierung einen Vortwurf aus dem angeblichen Verhalten ge-
beimer Militarorganisationen machen will, so muß doch

gesagt werden, daß die deutsche Regierung alles darange-
setzt hat, gegen diese einzuschreiten.

Aber Frankreich will ja jede Schandtat schon für
eine Militärorganisation halten, die sich mit der Vorbe-
reitung zu dem Revolutionskrieg befae. Und dann beklagt
man sich jenseits des Rheins, daß in Deutschland immer
noch die „Klärung des Geistes“ auf sich warten lasse.
Ist nun die Klarheit solcher Annohre aus Frank-
reich größer oder ist es ihre bewusste Absicht, schandigend
und verheend zu wirken?

Wahlordnung für Preußen.

Die neuen Bestimmungen.

Durch das neue Landeswahlgesetz und die neue Landes-
wahlordnung ist eine möglich weitgehende Angleichung des
preussischen Wahlrechts an das Reichswahlrecht angestrebt, so
daß bei den für die Landtagswahlen erforderlich werden
den Wahlberechtigung die rechtserheblichen Bestimmungen zur
Grundlage gemacht werden können. Nur in einigen Punkten
wird abgewichen, wie nachfolgend zu ersehen ist.

Das Wahlrecht zum Preussischen Landtag wird ausdrücklich
an das Vorhandensein eines Wohnortes in Preußen ge-
kupft. Nur preussische Staatsbeamte, Arbeiter und Angestellte
in preussischen Staatsbetrieben sowie die zu ihrem Haushalt
gehörigen Personen sind beim Vorliegen der sonstigen Vor-
aussetzungen für das Wahlrecht auch dann zum Landtag wahl-
berechtigt, wenn sie zwar überhalb des preussischen Staats-
gebietes, aber nahe der Landesgrenze wohnen. Einstriche
Staatsangehörigkeit in für die Wahlberechtigung nicht erforderlich.
Die Beschaffung der Stimmzettel ist nach der Preussischen
Landeswahlordnung ausdrücklich zur Aufgabe der Kreiswahl-
leiter gemacht, während dies in der Reichswahlordnung offen-
gelassen ist. Die preussische Wahlordnung weist darauf hin,
daß für die Wahlen haushaltliche Schen und ähnliche
Gemeinderume in Betracht kommen. Gemacht wird bei beiden
Wahlen mit einem Wahlzettelumschlag. Es wird dements-
prechend auch für beide Wahlen ein und dieselbe Wahlurne
benutzt und die Verwendung einer zweiten Urne ist nur dann
erlaubt, wenn die Wahl nach Geschlechtern getrennt vorge-
nommen wird.

Eine Proklamation Coolidges.

Richtlinien der Außenpolitik.

Das Weiße Haus in Washington hat nach dem Be-
kanntwerden der Prasidentschaftswahlergebnisse den
Vertretern der Presse folgende Richtlinien für die Fort-
führung der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten
gegeben. Ersten: Festhalten an der Idee der internationalen
Schiedsgerichte und Ausbau derselben. Zweiten:
Abweisung, Dritten: Keine Streichung der allierten
Kriegsschulden. Vierten: *Wirtschaft* in *Amerika*
Deutschlands. Fünften: Mitwirkung an europäischen
Angelegenheiten, soweit vitale amerikanische Inter-
essen im Spiele sind.

In einer Proklamation begrüßt der neugewählte
Präsident Coolidge den Beginn friedlicher Beziehungen
zwischen den anderen Völkern. Die Macht, die der ameri-
kanischen Nation verliehen sei, soll dazu verwendet werden,
anderen weniger begluckigten Völkern zu helfen. Der über-
waltigende Sieg der Republikaner bei der Wahl anten-
bedeutend weniger stark zum Ausdruck. Bei der Prä-
sidentschaftswahl sind insgesamt 32 Millionen Stimmen abge-
geben worden, von denen Coolidge nur 17 Millionen,
Davis 8 und La Follette 7 Millionen erhalten haben. Im
Senat werden aber die Republikaner kaum zwei bis fünf
Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten. In dem
Repräsentantenhaus sind 24 Republikaner,
19 Demokraten und 16 Radikale gewählt worden.
Außer Tezgas hat auch der Staat Wyoming einen wei-
lichen Gouverneur gewählt, nämlich Frau Ho, die
Witwe des früheren Gouverneurs. In Chicago ist zum
ersten Male ein Negro, der Republikaner *Cole*, zum
Richter gewählt worden. Das Kabinett Coolidges bleibt
in seinen wichtigen Posten unverändert.

Vertreibung des chinesischen Kaisers.

Der Mandschupalast besetzt.

In Peking existierte trotz der politischen Umwandlung
Chinas in eine Art von Republik der Nachfolge der chine-
sischen Mandschukaiser, der letzten Dynastie. Man
hatte ihm, einen noch Unmündigen, den Titel und den
Palast gelassen.

Jetzt hat die provisorische Regierung unter dem
chinesischen Staatsfeldherrn Fungjuhsiang den

Palast aus dem Palast vertrieben. Fungjuhsiang
entsandte Militärs und Polizeibeamte in das kaiserliche
Viertel, die den Hofmarschall aufsuchten und ihn von der
Macht der Regierung unterrichteten, das ganze kaiserliche
Viertel zu übernehmen. Es wurde dem Kaiser ein neues
Wohnen zwischen der chinesischen Regierung und der
Mandschuk-Dynastie vorgelegt, wonach der Kaiser auf alle
Ehrenzeichen und Titel verzichtet. Seine jährlichen Ein-
nahmen wurden von vier Millionen auf 500 000 Gülden
herabgesetzt. Eine Kommission soll eingesetzt wer-
den, die eindeutig entscheidet, was Staatseigentum und
was Privateigentum der kaiserlichen Familie sei. Der un-
mündige Kaiser ist aus dem Palast mit der gesamten
monarchischen Familie in den väterlichen Palast im
westlichen Stadtteil überführt.

In diplomatischen Kreisen verlautet, daß dieses neue
Mandate der provisorischen Regierung auf Anweisungen
des Sowjetlandes *Karagan* und des mit der
Sowjetregierung eng tierierten sibirischen Präsidenten
Sungassen zur Führung sei und einen ersten Schritt
auf dem Wege zur Bildung einer „roten Republik“ dar-
stelle.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen
haben in Paris wieder begonnen. Der „Temps“ meint, daß
ein Kompromiß erzielt worden sei. Deutschland habe sich
bereits erklärt, Frankreichs Weltweg in Einklang anzuerkennen.
Frankreich würde einen Mindestkurs auf eine Reihe von
Warteln anzuwenden, die den deutschen Ausfuhrhandel be-
sonders interessieren.

Das preussische Innenministerium an die Beamten.

Minister Czerwing erlast in einer Verfügung an die
Behörden, sich vor jedem Besuch von Feiern, Gelegen-
heiten usw. genau über den Charakter der Veran-
lassungen zu unterrichten. Wiederholt seien Beamte, die
Anlässen durch Entschuldigungen der Veranlasser, Be-
kenntnisse zum monarchischen Gedanken, gemeinsamen Ge-
sangs vornehmender Lieber, Ergebenheits- und Begrüßungs-
telegramme und dergl. in eine Lage versetzt worden, die
sie in Widerspruch mit ihren Pflichten gegenüber der ver-
fassungsmaigen Staatsform setzten.

Politische Brumenvergiftungen in Bayern.

Die bayerische Staatsregierung nimmt unter der über-
schrift „Politische Brumenvergiftung“ gegen die Auf-
gegrachte Stellung, keine Regierung und kein verantwor-
tlicher Politiker in Bayern denken daran, von der Ver-
fassung abzugehen. Nach wie vor werde jeder Versuch, die
Verfassung auf nicht gesetzmäßigen oder gar gewaltsamen
Wege zu ändern, entschieden abgelehnt.

Frankreich.

Die 26 prozentige Abgabe für deutsche Waren. Das
„Journal“ veroffentlicht eine Mitteilung die jetzt seien so
viele Anträge auf Befreiung von der 26 prozentigen Ab-
gabe der von Deutschland eingeführten Waren einge-
gangen, daß vom 15. November ab alle derartigen An-
träge ungeprüft abgelehnt werden müssen.

Aus Sin und Ausland.

Berlin. Durch eine Verordnung des Reichswirtschafts-
ministers werden funfliche für Steine und Erden noch
bestehenden Ausfuhrverbote (mit Ausnahme besondener für
natürlichen phosphorhaltigen Salz) aufgehoben.

Paris. Der Senat der Freien Stadt Danzig beschloß, die
deutsche Eingetragenschrift in derselben Weise
und zu denselben Termin wie Deutschland einzuführen.
Paris. Im französischen Senat hat sich eine neue Fraktion
unter dem Namen „Demokratische und radikale Vereinigung“
gebildet, die aus den Anhängern *Wintars* besteht.
Zunächst hat der Senat die letzten Nachrichten aus *Melita* hat der
Reichstagsminister *Sand* seinen Sohn *Paul* als Mitglied in
Melita eingesetzt und den Nachkommen: das Propheten *Wintars*
zum Emir von Melita ernannt.

Vom Wahlkampf.

Wahlfreiheit im Rheinland. Die Reichsregierung hat
mit den Befugnisgewaltigen in London, Paris und Brüssel
wegen der Sicherstellung der Freiheit der Wahltagation im
besetzten Gebiet Fahlung genommen. Nach den Zu-
sicherungen, die die Befugnisgewaltigen gegeben haben, kann

Lokales und Provinzielles.

Werkblatt für den 8. November.

Sonnenanfang 7¹¹ Merkuranfang 8³⁷
Sonnenuntergang 4¹¹ Monduntergang 8³⁷
170 Abgabe von Verdun. — 191¹ Balkanfranz: Die
Orischen nehmen Saloniki. — 1917 Volkswirt. u. v. Wagner
in Berlin gef.

□ Änderungen der Gebühren in Personalsangelegenheiten in Preußen. In einer gemeinsamen Verfügung des Ministers des Innern und des Finanzministers wird die Ziffer 12 des Gebührenartikels zur Verwaltungs-Gebührenordnung des Ministers des Innern vom 25. März v. J. anderweitig gefasst. Die neue Fassung bringt, dem Amtlichen Preussischen Precedenz zufolge, zum Teil eine Erhöhung der Gebühren, und zwar infolgedessen, als gegenüber der bisher feststehenden Gebühr Mindest- und Höchstgebühren festgesetzt sind. Höchstgebühren sind die bisherigen Sätze.

□ Postkraft nach Spanien. Fortan sind Postkraftstücke ohne und mit Wertangabe nach allen Orten mit Eisenbahnstation in Spanien bis zum Gewicht von 10 Kilogramm zugelassen. Die Beförderung erfolgt über Hamburg und von da weiter auf dem Landwege über Frankreich. Den Postkraftstücken nach Spanien sind weder Rückfragen noch Umpackungsgebühren zu bezahlen. Nähere Auskünfte erteilen die Postämter.

— Die neuen Reichsbanknoten. Die neuen Noten, die in etwa acht Tagen dem Verkehr übergeben werden sollen, werden die alten Billionencheine, die noch im Umlauf sind, ablösen, und später werden dann auch die hundertmarkcheine und die fünf- und zehntausendmarkcheine eingezogen werden. Es werden zunächst 10, 20, 50- und 100-Markcheine ausgegeben, während die 1000-Markcheine erst einige Zeit später herauskommen sollen. Die Größe der Scheine beträgt 16 mal 150 Millimeter für den Zehner, steigend um je 5 Millimeter in der Höhe und 10 Millimeter in der Breite bis zur Größe des Tausenders von 95 mal 190 Millimeter. Die Höhe einer Postkarte wird also nicht überschritten. Der Farbton der Vorderseiten ist zur Vermeidung von Verwechslung bei jedem Schein auf eine besondere Farbe gestimmt, die beim Zehner blaugrün, beim Zwanziger gelbbraun, beim Fünfziger lila und beim Hundertiger blau ist. Der Zehner wird nach alter Tradition wieder im graun Gewande erscheinen. An der Seite des Abschlusses sowie in der rechten oberen und linken unteren Ecke ist die Wertziffer groß und deutlich aufgedruckt. Der große Buchstabe im Nume der Unterschriften dient zur Kontrollzwecken. Die Sätze selbst sind Sätze nach Holbeinschen Gemälden, gezogen in der Reichsdirektion.

— Vor einer Ermäßigung des Steuerabzuges vom Lohnentkommen. Aus Berlin wird gemeldet: Im Reichsfinanzministerium begannen am Freitag mit dem Reichswirtschaftsministerium und anderen zuständigen Stellen die Verhandlungen über die angelegte Verringerung der Steuerlast der Hauptsteuerkategorien. Wie verlautet, ist neben einer starken Herabsetzung der Umsatzsteuer auch mit einer nicht unwesentlichen Ermäßigung des 10prozentigen Steuerabzuges vom Lohnentkommen zu rechnen.

— * Annaburg. Der angekündigte deutsche Jugendabend soll ein Beitrag zur Heimat- und Deutschkunde sein, in dem gegebenen Rahmen Kenntnis von deutscher Art, deutschem Wesen und deutscher Heimat vermittelt, erweitert und vertieft. Er will, besonders der lieben Jugend etwas sagen in der Zeit ihres Wachstums und Werdens, ihres Suchens und Ringens. In der Art der Darbietungen herrscht eine große Mannigfaltigkeit und jeder Besucher wird für seine Ansprüche und Bedürfnisse etwas finden. Die Vorträge wechseln ab, das Glück in dem Zauber der Heimat, der deutschen Heimat zu schildern. Der Abend will eine Pflegestätte eines echten, warmen jugendlichen Sozialismus sein! Rein waderer Erzähler und Jugendfreund wird sich diesem Eindruck verschließen können, wenn man diese jungen Menschen vortragen hört und dabei in ihre Augen schaut, so kann man sich nur aufrichtig freuen über diese christliche Besserung.

— * Annaburg. Am vergangenen Sonntag den 2. November 1924 brachte der Dilettantenklub „Thalia“ „Jung Heideberg“ von Dr. Theo Marx und Friedrich Föhrster zur Aufführung. Daß das Publikum mit den bisherigen Leistungen unserer heimischen Künstler zufrieden ist, hat der vollbesetzte Saal bewiesen. Der Verein sucht auch in jeder Weise seinen Besuchern gerecht zu werden. Keine Rollen scheinend, bietet er in Ausstattung wie in Aufführung fast stets etwas Neues, die Bühne zeigte einen Schmuck, wie man ihn selten bei solchen Vereinigungen findet. Die lebendige, jugendfrische Aufführung zeigte wieder, daß Spiel- und Spieler auf der Höhe sind, und daß der Verein wohl in der Lage ist, etwas Gutes zu bieten. Von einigen Kleinigkeiten abgesehen, kann man das Dargebote als vortrefflich bezeichnen. Durch diese Aufführung hat der Verein sich wieder viel neue Freunde und Gönner erworben. Wer die Arbeit kennt, die das Einleben eines Medizinalers erfordert, wenn derselbe vor der kritischen Öffentlichkeit gezeigt werden soll, muß die hingebende Arbeit unserer heimischen Künstler uneingeschränkt anerkennen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß der Verein mit gleichem Fleiß und gleicher Hingabe weiter arbeitet, dann wird der Erfolg auch niemals ausbleiben.

— Die Augen sind die wertvollsten menschlichen Organe. Wer schlecht sehen kann, muß danach streben, das Uebel zu beheben, sonst wird es immer ärger. Eine fachmännische Prüfung der Augen kann jedermann kostenlos am Mittwoch den 12. November von 9—7 im „Siegestraße“ vornehmen lassen. Herr Optiker Freund aus Berlin hat schon vielen Leidenden in Annaburg geholfen, wie aus zahlreichen Anerkennungen hervorgeht. Wir können daher empfehlen, sich vertrauensvoll an ihn zu wenden. Im Übrigen verweisen wir auf das bezügliche Inserat in der heutigen Nummer.

— Die neue Ortsklasseneinteilung, wird im Reichsbefehlsblatt Nr. 54 fest-mitgegeben. Aus dem Torgauer Kreise ist Torgau in der Ortsklasse B, Annaburg, Dommitzsch, Pretzin und Belgern in Klasse C eingestuft, Zellen, Herzberg und Schlieben ebenfalls in Klasse C.

Torgau, 1. Nov. Der Kreistag hat jetzt zu der in der Torgauer Kreisparl. und Strotasse aufgedeckten Mißwirtschaft Stellung genommen. Die Bedeutung der diesmaligen Kreisparlamentsverhandlungen kam durch die Anwesenheit des Regierungspräsidenten Grützmacher und des Obergerichtsrates Freiherrn von Hammerstein als Vertreter des Oberpräsidenten zu besonderem Ausdruck. Die Verhandlungen ergaben, daß insgesamt ein Defizit von 400 000 M vorhanden ist. Weiter kann als feststehend gelten, daß staatsrechtliche Vergehen nicht vorliegen, wohl aber schwerste Veröße geschäftlicher Art, die von einer geradezu bodenlosen Verschwendung und geschäftlichen Ahnungslosigkeit zeugen. Insbesondere hat sich Landrat Dr. Drews eine Reihe von Eigenmächtigen, Verfügungen gegen die Statuten der Kasse und Leichtfertigkeiten zu schulden kommen lassen. Ausgangspunkt der Mißwirtschaft ist die Gründung der Moor-Kultur G. m. b. H. An ihr beteiligte sich Dr. Drews und auf dessen Veranlassung Direktor Budde mit je einem Anteil von 4000 M, der aber nur von B. eingezahlt wurde. Die G. m. b. H. wurde beim Gericht angemeldet, ohne daß das gesetzlich erforderliche Grundkapital vorhanden war. Trotzdem die Moor-Kultur keinerlei Aktien hatte, erhielt sie auf Veranlassung Drews Kredit aus der Sparkasse. Die Kreditverluste wollte man durch Effektenpekulation wettmachen. Weder Kuratorium noch Kreisaußschuß wurden von den Krediten und Effektenverlusten in Kenntnis gesetzt. Die Effekten fielen, der Schaden mehrte sich. Ein weiterer Vorwurf gegen den Landrat geht dahin, daß er die Kreisbauverwaltung vornahm, ohne Geldmittel dafür zu besitzen. Die Rohbilanzen almonatlich zu Anfang des Jahres ergaben immer stets Ueberflüsse. Das war nur möglich durch eine gewaltsame Beschönigung der Bilanz, man setzte sämtliche faulen Schulden als vollwertige Debitoren ein, obwohl man wußte, daß verschiedene dieser Debitoren mit erheblichen Summen ausfallen würden. Im Juli fand eine Revision statt, die eine Unterbilanz von 75000 M ergab. Merkwürdigerweise ist dieser Revisionsbericht erst am 22. August in die Hände der Sparkasse gelangt. Der Bericht ergab, daß die Sparkasse völlig in Unordnung war, trotzdem fuhr Drews am 23. Aug. wieder für vier Wochen auf Urlaub, nachdem er kurz vorher erst von einer längeren Finnlandreise zurückgekehrt war. Während seiner zweiten Abwesenheit nahm das Kuratorium eine erste Kassenprüfung vor und dabei stellte sich dann die Mißwirtschaft in ihrem vollen Umfange heraus. Der Kreistag sprach gegen Dr. Drews einen einstimmigen Mißtrauensvotum aus. Ferner beauftragte der Kreistag den Kreisaußschuß, mit der Girozentrale in Magdeburg über ein langfristiges Darlehen bis zu 450 000 M zu verhandeln, mit der Maßgabe, daß die Selbständigkeit der Kreiskasse gewahrt bleibt. Die Zustimmung zu einem Zweiteverband mit der Kreisparlasse Herzberg mußte verweigert werden, da der Regierungspräsident mitteilte, daß die Regierung die Zustimmung verweigern würde. Es soll die Regierung die Zustimmung verweigern. Es soll die Regierung die Zustimmung verweigern. Es soll die Regierung die Zustimmung verweigern.

Falkenberg, 4. Nov. (Red.) Ein Geschäftsmann, dem im letzten Vierteljahr drei Fohrdere abhanden kamen, erzählt: „Vor einem Vierteljahr wurde mir von der Post weg, wo ich Geldeinzahlungen machte, das erste Rad gestohlen. Es war schon eine alte Karre; da ich noch Urlaub hatte, nahm ich den Verlust nicht tragisch. Ich nahm das andere in Gebrauch, kaufte mir aber ein Patentrad dazu. Sechs Wochen später war das Rad mit Schloß weg. Der Spitzhube hatte die Karre abgeworfen, das Rad hinten ein wenig angehoben und so auf dem Vorderrad das Rad durch die Straße geschoben. Wohin es geschoben wurde, hat sich nicht aufgestellt. Ich kaufte nun ein gebrauchtes Rad. Um aber ganz sicher zu gehen, legte ich mir auch einen scharfen Hund, der treuer Wächter bei dem Rade war, zu. Er begleitete mich bei meinen geschäftlichen Ausfahrten und hielt getreulich Wache, wenn ich Besorgungen machte. Seit acht Tagen ist das Rad mit Hund verschunden. Der Spitzhube hat nicht nur das Rad, sondern auch den Hund für Geldeswert gehalten. Nun schaffe ich mir ein Rad mit Weimaraner an und nehme als ständigen Begleiter und Aufpasser meine Schwiegermutter mit. VIELLEICHT!“

Herzberg, 29. Oktober. Der hiesigen Polizei war gestern früh gegen 8 Uhr von einem durchwandernden Arbeitslosen mitgeteilt worden, daß in der Anhalterstraße links der Chaussee eine männliche Leiche liege. Die sofort angestellten Ermittlungen ergaben, daß es sich in dem vorliegenden Falle um den früheren Ziegeleiarbeiter Johann Fuchs aus Volzen handelte. Wie einwandfrei festgestellt werden konnte, liegt ein Verbrechen oder ein Unglücksfall nicht vor, sondern Fuchs ist an einem Herzschlag infolge übermäßigen Alkoholgenußes verstorben. Fuchs, was hier als ein notorischer Trinker bekannt.

Mühlberg. (Schneller Tod) Bei Ausübung seines Dienstes beim Rangieren auf den Kleinbahngleisen in Burzdorf fand der bei der Kleinbahn-Aktiengesellschaft Burzdorf-Mühlberg tätige Bremser Paul Thomas einen plötzlichen Tod. Während der Rangierfahrt auf dem Trittbrett stehend, ist er am heutigen Donnerstag früh abgestürzt und alsbald verstorben. Der Verunglückte war erst 22 Jahre alt und hinterläßt Frau und ein Kind. Der Körper des Toten weist keinerlei Verletzungen auf und es muß angenommen werden, daß ein Herzschlag den Tod herbeiführte.

Remberg, 1. November. Die Stadtverordneten setzen die häußlichen Steuerzuschläge auf 100 Prozent bei der Gewerbesteuer und 150 Prozent bei der Grundbesitzsteu-steuer noch unbekanntem Betrag fest. Der Hausbesitz bleibt wegen seiner Notlage auch künftig steuerfrei.

Kirchliche Nachrichten.

Ortskirche: Am Sonntag, vorn. 1/10 Uhr: Predigt-Gottesdienst, Herr Prof. Reich.
Nachm. 2 Uhr: Kinder-Gottesdienst in der Schloßkirche.
Abends 8 Uhr: Andachtsstunde (Eßperstr.)

Bekanntmachung.

Für die am 7. Dezember 1924 stattfindenden Reichstagswahlen habe ich zum Kreiswahlleiter für den aus dem Regierungsbezirk Merseburg bestehenden 11. Wahlkreis Herrn Regierungsrat Voigtel, zu seinem Stellvertreter Herrn Regierungsrat Freiherr von Stockmar, beide in Merseburg, ernannt.

Merseburg, den 25. Oktober 1924.

Der Regierungspräsident.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 14 des Gesetzes über die Wahlen zum Preussischen Landtag vom 3. Dezember 1920 (Landeswahlgesetz G. S. 559) habe ich zum Kreiswahlleiter des 11. Wahlkreises (Hera-Bez. Merseburg) für die am 7. 12. 1924 stattfindende Wahl zum Preussischen Landtag Herrn Regierungsrat Voigtel in Merseburg, zu seinem Stellvertreter Herrn Regierungsrat Freih. v. Stockmar, gleichfalls in Merseburg, ernannt.

Merseburg, den 31. Oktober 1924.

Der Regierungspräsident.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Die gefällige Miete für den Monat November beträgt 66 v. H. der reinen Friedensmiete. Im übrigen bleibt es bei dem bisherigen Verfahren.

Annaburg, den 5. Novbr. 1924.

Der Gemeinde-Vorstand.

Deffentliche Sitzung

des Gemeindevorstandes und der Gemeinde-Vertretung

am Montag, den 10. Novbr., nachmittags 7 Uhr, im großen Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung:

1. Kenntnisnahme von den Kassenrevisionsprotokollen vom 4./8., 3./9., 7./10. und 30./10. 24.
2. desal. von der Vertätigung der Schöpfen.
3. desal. von einer Verfügung der Regierung zu Merseburg bezgl. Fehlschulden.
4. Erlass einer neuen Satzung für die Spar- und Girokasse.
5. Verkauf von Effekten.
6. Weiter-Vermietung der Schloßschule an den Schulverband.
7. Erweiterung der Wohnungs-Kommission.
8. Verkauf von Baugelände.
9. Angebot des Schuldvorstandes betr. Schulbauplatz.

Annaburg, den 6. Novbr. 1924.

Der Gemeindevorsteher. Henze.

Bekanntmachung.

Das Betreten des Neubaus in der Betgestraße ist bei Strafe verboten.

Annaburg, den 6. November 1924

Der Gemeinde-Vorstand.

Dixin

macht die das Waschen leicht — es ist in Güte unerreicht;

beim Waschen

Scheuen und beim Putzen ist es von allgeringstem Nutzen!

An meine leidenden Mitmenschen! Allen, die wie ich, von **Rheumatismus und Ischias** geplagt werden, teile ich kostenlos, unter Beifügung von Rückporto mit, wie ich nach nutzlosen Kuren in kurzer Zeit von meinem langjährigen Leiden, wie durch ein Wunder geheilt worden bin.

Frau Fabrikant **Anna Iffland, Berlin - Wilmersdorf, Hofmeisterstr. 28.**

Heilkräftstrahlen-Behandlung für akute und chronische Leiden. Augenheilkunde, Gynäcopathien. **Jessen, Schweinitzer-Str. 18, v. 9-4.**

Brief-Ordner Schnellhefter in Quart- u. Folio-Format, empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Kleider und Faltenröde aus guten Stoffen empfiehlt **A. Hasehke.**

Rüchentanten empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Zur Herbst-Saison!

Herren-Stoff-Anzüge von Mk. 32⁰⁰ an
in allen Farben und Qualitäten
Burschen-Stoff-Anzüge von Mk. 24⁰⁰ an
Knaben-Anzüge von Mk. 6⁰⁰ an
Herren-Überzieher, Ulster, Loden- und Gummimäntel
von Mk. 24⁰⁰ an
Herren-, Burschen- u. Knaben-Joppen von Mk. 12⁵⁰ an
Herren-Stoff-Jacketts, gefüttert, von Mk. 18⁵⁰ an
Herren-Zwirn-Jacketts, gefüttert, von Mk. 12⁰⁰ an
Herren-Arbeitsosen, versch. Qual., v. Mk. 6⁰⁰ an
Gestrickte Kinder-Anzüge von Mk. 7⁵⁰ an
in verschiedenen Farben.

Bleyles-Knaben-Anzüge.

Carl Quehl, Annaburg.

!! Billiges Angebot !!

Reinwollenen Cheviot, 130 cm breit
in 8 verschiedenen Farben Mtr. 3.25 Mtr.
Kleiderstoff, schwarz-weiß kariert, Mtr. 95 Pf.
Kleider-Schotten von 95 Pf. an
Kleider-Barchend von 90 Pf. an
Blusenstreifen 15 verschied. Muster, Mtr. 95 Pf.
Baumwoll-Mouffeltine von 60 Pf. an
Hemdentuch von 60 Pf. an
Hemden-Barchend von 70 Pf. an
Bett- und Leibwäsche äußerst preiswert

Sport-Jacken und Mäntel

in großer Auswahl

Ernst Pestyke, Annaburg

Torgauerstraße.

„Stadt Berlin“

Sonntag, den 9. Novbr.

Kirmesfeier.

Vorzügliche Küche.

Empfiehlt:
Schleie in Butter,
Gänse u. Hasenbraten,
Kaffee und Kuchen.

Für Unterhaltungsmusik
und Getränke
ist bestens gesorgt

Freundlichst ladet ein

Wilh. Noack.

Goldener Ring.

Sonntag, den 9. Nov.,

von 6 Uhr ab

Tanzmusik.

Ergebenst ladet ein

Däumichen.

Col. Naundorf.

Sonntag, d. 9. Novbr.

Tanzmusik.

Es ladet freundlichst ein

Fr. Nilius.

M.-T.-V.
In kurzer Besprechung,
Eternabend betr., bitte
die Zuerstkommen am Sonn-
abend 1/2 9 Uhr nach der
Turnhalle. Schmidt.



Rauinchen-Zuchtverein
für Annaburg u. Umg.
Sonntag, 8. Nov.,
abends 7 Uhr

Versammlung

im Gasthof zur „Wein-
traube“. Anmeldung der
Tiere zur Ausstellung. Das
Geschehen sämtlicher Mit-
glieder ist erwünscht.

Der Vorstand.

AAAAA

Handarbeiten

Stückwolle und

Stückgarne, in allen

Farben

empfehlen A. Raschke.

VVVVVVV

Gänsefedern

aus erster Hand liefert billig.

Preisliste gratis.

Rudolf Gleitsch,

Neutrosin (Dorndreiß)

ZZZZZZ

Zahn-Atelier

Annaburg, Torgauer-

straße 27, im Hause Kon-

ditorel Schüttauf.

Sprechstunden für Zahn-

krankte: Jeden Montag

u. 9-1 und 2-6 Uhr.

E. Pape, Dentist

Wittenberg.

OOOOOO

Mehrere

Teerfasser

sind zu verkaufen

Hinterstraße 10.

Gegen Mäuseplage

geschälten

Giftweizen,

sicher wirkend, empfiehlt

Apothek Annaburg.

OOOOOO

Stalldünger

kauft zu hohen Preisen

jährzeit

Böttcher, Baumische

Naundorf. Telefon 51.

Achtung!! Achtung!!

Konsum-, Produktiv-, Spar- und
Bauverein für Annaburg u. Umg.
E. G. m. b. H.

Sonabend, den 8. November:

Eröffnung der diesjährigen

Spielwaren-Ausstellung.

Wir bringen in diesem Jahre eine große
Auswahl reizender Neuheiten und
können unseren Mitgliedern nur empfehlen, unsere
Ausstellung zu besuchen.

Eingang vom Hof. Der Vorstand.

Maurer- u. Zimmerarbeiten

sämtl. Bautischler-Arbeiten,

größte Leistungsfähigkeit!

Zeichnungen und Kostenschätzungen

kostenlos!

Durch direkten Großkauf aller Baustoffe, Ver-

arbeitung im eigenen Betriebe und gestützt auf ein
großes Holz- und Baumaterialienlager kann
ich besondere Vorteile bieten!

Wilh. Kunze.

Fernsprecher Nr. 6.



Wünschen sie wirklich gut passende Augenbrillen,
dann gehen Sie nur zu Augen-Freund. Der grösste
Wert der Augenbrille besteht in der genauen Augen-

prüfung durch einen erfahrenen Spezialisten. Auf Grund
dreissigjähriger Erfahrung biete ich Ihnen Vorteile die
Sie vergeblich wo anders suchen. 3 Monate Probe-

zeit. 1 Jahr Garantie für richtiges Schen.

Kostenlose Augenprüfung. Friedenspreise von
1 Mark aufwärts je nach Wunsch und Bedarf. Zahlreiche
Anerkennungen aus Annaburg. Hilfe und Rat in den
schwierigsten Fällen. Gläser aller Schleiarten. Pas-

sungen für jede Gesichtsförm. Sobald die Augen
tränen, bimmern, stechen und schnell er-
müden, kleine Schrift nicht mehr richtig
zu erkennen ist, tut ein gut passendes Glas wun-

derbare Dienste. Versuchen sie diese Gelegenheit nicht.
Sprechstunden in Annaburg im „Sieges-
kranz“ am Mittwoch, 12. Nov., von 9-7
Uhr, in Pretzin Hotel „Schwarzer Adler“
am Donnerstag von 9-4 1/2.

Augen-Freund-Berlin N. 20, Badstr. 42, v. III.

Werkzeuge aller Art:

Schrot-, Biegel- und Handsägen, Hobelisen,
Stemmmeisen, Feilen, Bohrer, Senfen, Sichen,
Beile, Aexte, Maurerhammer und -Keilen.

Gesamthaltung-Geräte:

Eisenschmiede u. Gabeln, Fleisch- u. Weibmaschinen.

Wagen und Gewicht, eiserne Ofen und Röhre.

Pferdegeschweermaschinen.

Wilhelm Grahl.



Seb. Schimmeyer

Annaburg

empfehlen

Hemden- und Velour-Barchent

Bettzeug, Inlett, Betttücher

Handtücher, Wischtücher

Unterhosen, Normal-Hemden

Oberhemden, Einsatz-Hemden

Trikot-Westen, Schlüpfen

Schürzen, Strümpfe, Strickwolle

Auf Teilzahlung

Nähmaschinen, Zentrifugen,

Fahrräder, Kinderwagen,

Wäschemangeln.

Ferner empfehle meine Reparaturwerkstatt sowie

Emallier-Anstalt zur gest. Benutzung.

Fritz Rödler, Fernruf Nr. 53.

Sie wünschen

Qualitäts-

Konservenringe

Das Zeichen

Diese

liefert:

passend zu allen Gläsern

Richard Hilpert, Annaburg.

Polizeiliche An- und Abmeldescheine

sind vorrätig in der Buchdruckerei S. Steinbeiß.

Reaktion, Druck und Verlag von Herrn. Steinbeiß, Annaburg

Deutscher Jugendabend

am Sonnabend, den 8. November,
abends 8 Uhr im Saale des Herrn Kleinsorg.

Alle Freunde der Jugend werden dazu herzlichst
eingeladen.

Deutsche Jungmädchen-Gruppe
Annaburg.

Sonnabend, den 8. November, abends

8 Uhr findet im Bürgergarten ein

Theater- und Unterhaltungs-Abend

zum Besten der F. A. S. Hall.

Zur Aufführung gelangt:

Hinkemann.

Eine soziale Tragödie in drei Akten.

Alle Einwohner sind hierzu freundlichst eingeladen.

Eintritt 50 Pfg.

Ortskomité der K. P. D. und K. J.

Montag, den 10. November 1924

abends 8 Uhr

spricht im Gasthof „Waldschlösschen“

Herr Amtsleiter Renker-Galle über:

Die bevorstehende

Reichstagswahl.

Hierzu ladet alle Wahlberechtigten ein

die Deutsche Demokratische Partei.

Palast-Theater

Donnerstag und Sonntag:

Die Huronen.

2. Teil. „Die Marterhöhle“. 6 Akte.

Frank Wood's Leute bemächtigen sich Freds und

Daisys, holen sie unter den Trümmern des Autos hervor,

und fort geht es — der Marterhöhle der Gams-

pyre von Newyork zu, wo der Bruder mit dem Tobe

ringt. Eine Giftschlange soll Daisys Bruder das Leben

kühen, — doch mit des Geschickes Mächten.

N. B. Der erste Teil wird nochmals kurz wiederholt.

Außerdem ein gutes Beiprogramm.

Zahn-Atelier

Georg Consentius

staatl. geprüfter Dentist

Annaburg, Torgauerstr. 31

Telefon Nr. 23

empfehlen sich zur Behandlung aller Zahn-

krankheiten, Plomben in Gold, Silber,

Porzellan, Cement, Zahnziehen mit Be-

stäubung, jede Art künstl. Zahnersatzes

Behandlung für Kranke.

Sprechstunden täglich 9-3 Uhr.

Julius Kegel, Halle a. S.

Musikapparate, Schallplatten.

Vertreter: Wilhelm Kegel, Annaburg,

Akerstraße 5.

Torgauer Kreis:

Köhler's Deutscher Kalender

Pfarrer Heumann

Herm. Steinbeiß.

Der Kampf um das Kabinett Herriot.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Mit dem Parlamentsbeginn ist es in Frankreich wieder lebendig geworden. Und wenn nicht alle Zeichen trügen, so wären die Männer des nationalen Blods zum Sturmangriff gegen Herriot. Millerand hat das Gesicht eröffnet, indem er eine Gebrede gegen Deutsland gehalten hat. In dieser Rede sind aber auch deutliche Spitzgen gegen Herriot selbst zu finden. Die nationalpolitische Pariser Presse hat das Sturmsignal aufgenommen und benutzt den Ausgang der englischen Wahlen dazu, um Herriots Stellung zu erläutern. Es wird u. a. erzählt, daß Baldwin in hohem Grade eine Warnung aufgenommen haben, er möge sich nicht allzu sehr mit England und Deutschland einlassen. Hier handelt es sich um einen Fühler, das Terrain zu sondieren. Und im Parlament ist es gleich lebhaft angegangen. Haushaltfragen, die in der Kammer zur Beratung stehen sind zwar noch in Frankreich wie überall seine besonders aufregenden Angelegenheiten. Trotzdem ist gleich der erste Tag der Kammerberatung recht feierlich verlaufen. Der Präsident hat sogar seinen Stuhl aufleben und für kurze Zeit die Sitzung unterbrechen müssen. Und gleich am ersten Tage hat Herriot die Vertrauensfrage gestellt, und an diesem ersten Tage hat er einen vollen Sieg davongetragen, denn von 581 Kammermitgliedern haben 410 für ihn und nur 171 gegen ihn gestimmt. Diejenigen, die also einen sofortigen Sturz Herriots prophezeit haben, haben falsch prophezeit. In gewissen deutschen Zeitungen ist viel über diesen bevorstehenden Sturz orakelt worden, und man hatte manchmal den Eindruck, als ob mit Rücksicht auf den 7. Dez. dieser Sturz sogar gewünscht wurde. Es ist das ein bedauerliches Zeichen dafür, wie außenpolitische Angelegenheiten mit wachsendem Interesse bei uns verfolgt werden, und es ist das alles andere als ein Zeichen für die politische Reife deutscher Kreise des deutschen Volkes.

Bei einer Einschätzung der Kräfte, die sich jetzt gegen das Kabinett Herriot richten, dürfen nicht eigene woblpolitische Wünsche mitgesprochen, sondern diese Dinge wollen eben außenpolitisch angesehen werden. Es wird gesagt, daß die neue Regierung Baldwin über kurz oder lang den Sturz Herriots im Gefolge haben werde, und es wird besonders verwiesen auf die Differenzen, die Baldwin mit der früheren französischen Regierung gehabt hat. Bei einer solchen Betrachtung muß aber doch daran erinnert werden, daß damals die Verhältnisse weit anders lagen, als jetzt. Damals war Voltaire's am Ruder, damals war die Ruhrfrage noch nicht geklärt, damals war schließlich das Londoner Abkommen noch nicht geschlossen. Die Entspannung zwischen Frankreich und England hat seitdem bedeutende Fortschritte gemacht, und man kann seinen triftigen Grund für Baldwin sehen. Schwierigkeiten wieder hervorzuheben. Gewiß gibt es noch Schwierigkeiten: das Problem der interalliierten Schulden ist immer noch ungeklärt, und die Franzosen, die mit der Fälligkeit der ersten Zone zusammen kommen können, können ebenfalls an Schwierigkeiten stößen. An Schlußpunkt auf diese Räumung soll Mitte Dezember eine interalliierte Konferenz in Brüssel stattfinden. Die Reichsfrage hinsichtlich der Räumung ist ungewiss, die, daß am 10. Januar 1925 die Räumung der ersten Zone mit Stin durchgeführt sein muß. Aller Voraussicht nach wird der interalliierten Konferenz der Bericht über die letzten Generalinspektionen der Militärkontrollkommissionen vorliegen; und wenn dieser Bericht nur einigermaßen objektiv ist, so muß er die Feststellung enthalten, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist. Diese Abrüstung ist aber von den Franzosen als wesentlicher Bestandteil der deutschen Verpflichtungen angesehen worden. Ist diese Verpflichtung erfüllt, so können die Alliierten sich nicht gegen die Räumung stemmen. Man muß sich aber allerdings damit rechnen, daß der parlamentarische Kampf, den das Kabinett Herriot im Dezember hat, bei diesen Verhandlungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Es darf in diesem Zusammenhang an den Vorstoß der Gruppe Loucheur bei der Londoner Konferenz erinnert werden. Bis Mitte Dezember dürften keine sonstigen außenpolitischen Ereignisse eintreten, die in der Lage wären, einen Sturz des Kabinetts Herriot herbeizuführen. Dagegen kann es doch in neuer politischer Krisensituationen geben, auf denen Herriot ausfallen und stürzen kann. Mit diesen Dingen muß man sich einmal rechnen, auch dann, wenn die Wahrscheinlichkeit nicht sehr groß ist. Herriot muß im Zusammenhang mit der Außenpolitik auch die Frage der Gesellschaftsverbesserungen regeln, und das ist eine Frage, die irgend ein anderer dem gegenwärtigen Ministerpräsidenten gern übernehmen möchte.

Was aber auch immer geschehen möge, über eins muß man sich klar sein: die französische Politik wird auf absehbarer Zeit nur vom Linksblock gemacht werden können. Dieser Linksblock ist freilich auch nicht ganz ohne Misse. Die Links-Sozialisten sind, was in der Frage der Budgetbewilligung sehr zweifelhaft, und die Loucheur-Gruppe ist zweifelhaft bei außenpolitischen Fragen. Im ganzen immerhin hat das französische Volk doch bei den Wahlen ein deutlich gesprochen, als daß der nationale Block, etwa Poincaré oder Millerand, in die Lage kämen, die Regierung wieder zu übernehmen. Wenn wirklich ein Sturz des Kabinetts Herriot erfolgen sollte, so dürften nur Männer wie Painlevé, Briand oder Loucheur Anwärter auf den Ministerpräsidentenposten sein. Und diese Männer würden sich niemals auf den nationalen Block, sondern stets auf den Block der Linken stützen müssen.

Der Wahlsieg von Coolidge.

Von unserem Sonderberichterstatter.

Nach liegen die entscheidenden Zahlen über die amerikanischen Präsidentschaftswahlen nicht vor. Aber aus dem bisher bekannt gewordenen Stoffen läßt sich schon so viel erfahren, daß der bisherige Präsident mehr als 200 Wahlmänner, die er für seine Wiederwahl zu Beginn des nächsten Jahres braucht, erhalten hat. Damit ist seine Wahlsicherheit, das Gerüchte in angestrichelten, daß Coolidge von Doves oder Calveite gestiegen werden könnte, nach vornherin nicht anzunehmen. Es konnte aber eintreten, daß durch die Kandidatur Calveites die absolute Mehrheit für Coolidge nicht erreicht würde, und daß dann die Wahl dem Kongreß zugefallen wäre. Das hätte einen anderen Verlauf genommen, und vielleicht ist nicht zuletzt gerade diese Furcht vor der Unklarheit ausschlaggebend für die Wahl von Coolidge gewesen. Lassen wir alles beim alten, geben wir Coolidge eine Chance! Das ist aller Wahrscheinlichkeit nach das Verhalten vieler Tausender Zurückhaltungsamerikaner gewesen, das jetzt die Wiederwahl von Coolidge ermöglicht hat. Gleichzeitig mit dieser Wahl wird auch General Doves als Vizepräsident gewählt. Es wäre falsch, anzunehmen, wenn mit der Wahl des Generals Doves als Vizepräsidenten die amerikanische Regierung sich offiziell auf den Boden des Dawes-Grundsatzes stellen würde. Doves hat sein Gutachten als Privatmann abgegeben. Die amerikanische Regierung hat eine gewisse Sympathie gezeigt, aber darüber hinaus ist sie nicht gegangen, konnte sie nicht gehen, und wird sie auch in Zukunft nicht gehen. Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen hat aber auch die Wahl anderer wichtiger Ämter stattgefunden, und insbesondere ist hier der Kampf der New York ausgebrochen wurde, beachtenswert. In New York trat der Sohn Roosevelts, Theodor Roosevelt, als republikanischer Gegenkandidat gegen den Demokraten Smith auf. Roosevelts ist mit seiner Kandidatur durchgefallen. Die Republikaner von Smith, der bisherige Amtsinhaber war, hat ihm auch weiterhin diesen wichtigen Posten gesichert. Als ein Novum darf bezeichnet werden, daß in Texas zum ersten Male ein weiblicher Gouverneur gewählt worden ist, Miss Ferguson.

Mit einer gewissen Spannung hat man die Kandidatur Calveites betrachtet. Wenn er nach den vorliegenden Nachrichten auch nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Wahlmännern erhalten hat, so muß man doch erst abwarten, wieviele Stimmen er auf sich vereinen konnte. Denn bei der eigenartigen Wahlorganisation in den Vereinigten Staaten kann es sehr wohl

möglich sein, daß ein Kandidat zwar nur wenige Wahlmänner, daß die vier oder fünf Millionen von Stimmen auf sich vereinigt hat, Calveite diese Kandidatur des Doves, hat einen erbitterten Kampf gekämpft, und sein Reformprogramm ist vielleicht zu umfangreich gewesen, als daß er damit das Vertrauen der Amerikaner erlangen konnte. Er wollte u. a. nicht mehr als nicht weniger, als eine Umgestaltung des Obersten Gerichtshofes herbeiführen. Er trat weiterhin ein für die direkte Präsidentschaft, alles Dinge, an die der Amerikaner nicht gerne herangeht, vor allem deshalb nicht, weil sie unter Umständen in der Lage wären, die bestehende Parteimehrheit zu erschüttern. Der Erfolg von Calveite darf indessen nur sehr geringe Bedeutung für die Zukunft nicht unterschätzt werden. Mit seinen vier oder fünf Millionen Stimmen vermag er im Senat eine ausfallgebende Rolle zu spielen, da er unter Umständen das Jünglein an der Wage bildet. Im übrigen hat er schon erklärt, im Januar die sogenannte dritte Partei des progressivistischen Partes, zu konstituieren. Und dann will er mit frühem März trotz seiner 78 Jahre sich an den Kongreßwahlen des Jahres 1928 erneut beteiligen. Die Hoffnung, daß die Stimmen der Deutschamerikaner für Calveite nicht verloren gehen werden, scheint sich nicht erfüllt zu haben. Die Möglichkeit einer einheitlichen Stimmabgabe der Deutschamerikaner ist unangenehm geblieben. Zwar hat die Deutschen-Gesellschaft sich für Calveite erklärt, aber es scheinen doch in erheblicher Zahl Abstimmungen und Zerstückelungen stattgefunden zu haben, so daß die deutschamerikanischen Stimmen für Calveite nicht bedeutend geworden sind.

Die Steuerermäßigungen.

Schwierigkeiten zwischen Reich und Ländern. Bekanntlich hat die Reichsregierung vor kurzen den Beschluß gefaßt, eine Herabminderung gewisser für die deutsche Wirtschaft und den einzelnen besonders drückender Steuern vorzunehmen. Die Regierung hat sich zu diesem Zwecke zunächst mit dem Reichsausschuß, aus dem geborenen Vertreter der Länderregierungen im Benehmen gesetzt und dem Reichstag eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, bei denen es sich im wesentlichen um die Herabsetzung der Umsatzsteuer von 2 auf 1 1/2%, ferner um eine Herabsetzung des Einkommenssteuern von 2 auf 1,5%, ferner um eine Senkung der Körperschaftsteuer von 2 auf 1,5%, ferner um eine Herabsetzung der Einkommensteuer und schließlich um eine Herabsetzung der Körperschaftsteuer handelt.

Der Reichstag hat sich in seinen zuständigen Ausschüssen am 4. November zum erstenmal mit diesen Vorschlägen über die Steuerermäßigungen beschäftigt. Die Beratungen sind vielmehr, ohne zu einem Ergebnis zu kommen, abgebrochen und auf den kommenden Freitag vertagt worden, um zunächst einmal den Finanzministern der Länder, die am Freitag abgibt in Berlin sein werden, Gelegenheit zu geben, sich mit dem Reichsausschuß abzugeben, und die Länder der Auffassung, sie könnten bei dem Reichsausschuß vorgelegten Herabsetzung der Steuern, an denen sie teilhaben, nur zustimmen, wenn ihnen zur Ausbalancierung ihres Etats andere, andere Einkommensteuern, Körperschaftsteuern, oder andere Steuern im Gegenzug gegen die Bilanz des Reiches als da bei den Vorschlägen abgeben.

Die Schwierigkeiten, die einer Einigung von Reich und Ländern in der Frage der Steuerermäßigungen entgegenstellen, liegen hauptsächlich darin, daß sich einige Länder im Gegensatz zu den Vorschlägen der Reichsregierung, die die Einkommensteuer in einer verhältnismäßig viel angünstigeren Lage befinden. Es darf indes nicht verkannt werden, daß die Gesamtheit der öffentlichen Ausgaben in Deutschland zur Zeit so hoch ist, daß eine Herabsetzung der Steuerleistungen im Sinne der Reichsregierung unbedingt notwendig erscheint. Die Steuerherabsetzung, die noch dem finanziellen Bedarfe der Inflationsperiode, um überhaupt den Staat noch retten zu können, so stark wie möglich anzusetzen wurde, kann jetzt, nachdem sich die Verhältnisse einigermaßen konsolidiert haben, wohl wieder etwas gelockert und in einer verhältnismäßig viel angünstigeren Lage gebracht werden. In einer fiskalischen Politik der sogenannten "Reinigung", was namentlich in einigen größeren Kommunen jetzt wieder starke Regung besteht, ist die deutsche Wirtschaft auf diese Zeit hinaus nur zu schonen. Wie die Dinge sich weiter entwickeln werden, muß natürlich abgewartet werden. Daß das Reich vor nochmaliger Rückschritte von den Finanzministern der Länder eine Regelung auf dem Vermögenssteuern auf Grund des Reiches als der Reichsregierung vorzuziehen, ist ungewiss. Es wäre eine weitere Zeitung erforderlich haben will, in der Reichsregierung Anhaltungen bestehen, im

Fürstin Laja.

Roman von Erich Genslein.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 68. 1923.

Sie drückte hastig und heiß seine Hand. Ich habe, ich hätte ohnehin dich überhört, nicht mehr leben!" murmelte sie erregt. "Aber nun komm, wir müssen eilen." Er schlang sich auf sein Pferd und schweigend ritten sie im Galopp davon. Nach einer halben Stunde tauchten die Umrisse des Schlosses Wärenegg vor ihnen auf. Es war ein alter, majestätischer Bau, von Wällen und Maueranlagen umgeben, der sich an die wilde Bergwand lehnte. Die Fenster des ersten Stockwerkes waren hell erleuchtet.

Die Fürstin nickte das Tempo. "Morgen abend kommen Gradens zu mir, auch die alte Fürstin Rufusson aus Warberg. Selbends habe ich dazu gebeten. Wirft auch du kommen?" "Wenn du es wünschest, gern. Sonst mache ich mir nicht viel aus der Gesellschaft. Besonders nicht aus den Gradens. Seit einiger Zeit schlägt die Fürstin einen merkwürdigen Hühner Ton gegen mich an, neulich ließ sie sich sogar verweigern, als ich in höchster Eile vor ihr stand, obwohl ich bestimmt weiß, daß sie zu Hause war."

Die Fürstin nickte beifällig auf. "Nicht möglich! Aber warum denn?"

Reiz der Himmel, was ich verbrochen habe! Im Grunde liegt nichts daran — ich kann die konventionelle Höflichkeit bei Gradens schwer vertragen. Ueber dort denkt dort kein Mensch vernünftig."

Alajala antwortete nicht. Sehr nachdenklich lenkte sie in den Schloßpark ein, sprang, ohne Rainers Hilfe abzuwarten, aus dem Sattel und warf dem herbeistehenden Kutscher die Ägkel zu. "Gut, abreißen und eine halbe Stunde herumführen" gebot sie und betrat das Schloß. In der Halle erwartete sie Frau v. Lobbers, die Gesellschaftlerin, mit trübseliger Miene.

"Nun, was gibst's denn?" fragte die Fürstin etwas ungeduldig. "Sie machen ja eine wahre Leichenbitterei. Sind Sie etwa unglücklich, daß der Tee so lange auf uns warten muß?"

"Nun, nein. Durchlaucht, es ist nur — ich bin — unbehaglich. Ich glaube, ich habe eine Infuenza oder sonst etwas. Mein Kopf schmerzt entsetzlich und die Glieder."

"Warum legen Sie sich denn nicht ins Bett?"

"Ich dachte, Durchlaucht bräuchten mich vielleicht."

"Ach was, — Unsinn! Wenn Sie krank sind! Machen Sie, daß Sie rasch ins Bett kommen, liebe Lobbers, und lassen Sie sich flüchtiges bringen. Mein Wetter wird mir beim Abendessen Gesellschaft leisten, und später sehe ich noch kein Zahn."

"Die Post habe ich hinaus geschickt," sagte die Gesellschaftlerin nach.

"Gut. Was sonst jemand hier?"

"Nur die Gräfin Gradens."

"Ah — gerade jetzt? Sie weiß doch, daß ich um diese Stunde stets auszureiten pflege. Was sagte sie denn?"

"Daß es ihr und ihren Töchtern morgen leider unmöglich sei zu kommen."

"Der Grund?"

"Sie gab keinen Grund an."

Die Fürstin warf den Kopf heftig zurück und preschte die Lippen zusammen. "Es ist gut. Auf Wiedersehen."

Langsam stieg Alajala, von Rainer gefolgt, die Treppe hinauf. An ihrer Garderobe blieb sie stehen. "Sie so freundlich und sich ihr einzuwickeln die Abendblätter drücken an. Ich will nur mein Kleid ablegen. Joseph mag den Tee einwickeln auftragen."

Nach kaum zehn Minuten erschien sie in einem einfachen, hellen Saal: wieder im Speisezimmer und begann schweigend den Tee einzuziehen. Dann schob sie Rainer die Schüssel zu.

"Bedenke dich bitte selbst. Ich will nur rasch die Briefe ansehen."

"Hat das nicht Zeit?"

"Ich will nur rasch sehen, wer geschrieben hat. Besen kann ich ja nachher. — Der Tee ist übrigens noch zu heiß."

Sie besah einen Brief nach dem anderen.

Rainer meinte mit Befriedigung, wie ihr Gesicht dabei immer immer unruhiger Ausdruck annahm. Erst beim letzten Brief glitzerten ihr ihre Zähne wieder.

"Von Franz Schyhine — endlich. Auf drei Briefe ist sie mir unheimlich dankbar. Hoffentlich war niemand krank auf Dollenau!"

Dann riefte sie, die Briefe beiseite schiebend, mechanisch in ihrem Tee.

"Findest du es nicht sonderbar von der Gräfin, daß sie ohne Angabe eines Grundes absagt?"

Rainer zuckte die Achseln. "Bedenke Gräfin scheint eben manchmal sehr launenhaft zu sein. Sie verlangt zwar von anderen strenge Höflichkeit, setzt sich selbst aber, wie es ihr paßt, darüber hinweg."

Alajala ah ein paar Bissen, trank ihren Tee aus und nahm abermals die Briefe zur Hand. "Von der Rufusson, von Selbends und von der Baronin Werker. Ich wollte nächste Woche zu ihr für ein paar Tage und fragte an, ob es ihr paßt."

Sie nahm ein Messer, schnitt den Brief auf, warf einen Blick hinein und schob ihn Rainer zu.

"Nichts. Sie hat die Absicht, nächste Woche nach Alajala zu fahren."

Dann schnitt Alajala langsam die anderen Briefe auf.

Zweites Kapitel.

Eine Welle blieb es still zwischen den beiden. Dann bemerkte Rainer, wie Alajalas Hände plötzlich zu zittern begannen, während sie den letzten Brief, den von der Baronin Schyhine, Doll, las.

"Was ist dir, Laja? Was hast du?" fragte er erschrocken.

Sie blinzelte ihn hilflos an und wollte etwas sagen, brachte aber kein Wort über die erbläuten Lippen. (Fortsetzung folgt.)

Falle eines dauernden Abschlusses der Ränder die ganze Frage doch schließlich durch einen Nachspruch des Finanzministeriums zu entscheiden zu lassen, läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen. Selbstverständlich wäre eine möglichst schnelle Lösung der schwebenden Angelegenheit im Interesse aller, aber da die geplanten Steuerermäßigungen sich schließlich doch erst am 1. November auswirken können — zu diesem Termin werden die Vorangelegungen der Landwirtschaf auf die Einkommensteuer nicht — ist die durch die Auslegung der Verhandlungen bis zum Beginn einschleppende Verzögerung ganz unbedenklich.

Wie in Amerika gewählt wird.

New York, Ende Oktober.

Der 7. November ist für die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die man scherzhaft „America“ zu nennen pflegt, ein kritischer Tag oder „Election Day“: es ist der Tag der Präsidentschaftswahl, der Wahlen zum Repräsentantenhaus und der Gouverneurewahl für die einzelnen Staaten der Union. Auch für den Senat wird gewählt, aber hier handelt es sich nur um eine partielle Wahl, da nur ein Drittel dieser sehr ehrenwerten Körperschaft — 22 von 96 Senatoren — neu zu wählen ist. Ob man in Europa über den Ausgang dieser Wahlen schon am Tage nach der Wahl ein urteilreich sein wird, ist noch sehr zweifelhaft. Es ist schon vorgekommen, — so erst 1920 — daß diese oder jene Partei noch mehrere Tage nach den Wahlen ihren Kandidaten als gewählt proklamierte, während sich dann herausstellte, daß der Kandidat der Gegenpartei gewählt war.

Unter den vielerlei Wahlen, die der 4. November bringt, interessiert natürlich besonders die Wahl des Präsidenten, da durch sie entschieden wird, wer in den nächsten vier Jahren über Amerika gebieten darf. Zu anderen Wahlen war die Sache verhältnismäßig einfach, da sich immer nur die Vertreter zweier Parteien, der Demokraten und der Republikaner, als „Kandidaten“ gegenüberstellten. Diesmal aber ist diese feste Form zerbrochen worden, da sich, wie es üblich ist, in den Vereinigten Staaten, noch ein dritter Bewerber, dessen Partei noch nicht ganz fest umrissen ist, in die Arena vorgebeugt hat. So liegt denn das Rennen diesmal zwischen drei „Champions“: Herrn Coolidge, dem derzeitigen Gouverneur von Massachusetts, dem kräftigen Demokraten John W. Davis und dem kräftigen Republikaner La Follette, der die Unzufriedenheiten aus allen Lagern um sich geschart hat und — wie das vor allen Wahlen üblich ist — ganz sicher mehr verpricht als er je würde halten können.

Wenn man aus den Wahlzettel — was wäre eine amerikanische Präsidentschaft ohne Wahlen! — Schlüsse ziehen darf, hat Coolidge (Whig) die besten Chancen, die Wahlen zu gewinnen. Die Republikaner sind nicht so stark, wie sie in den letzten Jahren waren. La Follette ist ein Kandidat für Präsidentschaftswahlen, der sich nicht als „Whig“ bezeichnen kann, sondern als „Progressive“, während Davis gegen eine gewisse Partei, die La Follette nicht der nächste Präsident sein wird, aber Wähler sind eine etwas zweifelhafte Gesellschaft, auf deren Verstand und Konzentration nicht zu rechnen und noch viel weniger wetten sollte, denn „erstens geht es, wie man so schön zu sagen pflegt, „erstens geht es und zweitens als man denkt.“

Der Präsidentschaft und der Vizepräsidenten des Landes werden durch so viele direkte Wahlmänner, als jeder Staat der Union Mitglieder zum Senat und zum Repräsentantenhaus hat, auf vier Jahre gewählt. Die Wahlmänner, die überall von sämtlichen stimmfähigen Bürgern ernannt werden, stimmen durch Wahlzettel ab. Das Ergebnis der Wahl wird von den Einzelstaaten an den Präsidenten des Senats gefandt. In öffentlicher Sitzung der beiden Häuser, die das Parlament bilden, werden dann die Wahlzettel eingeleitet und die Stimmen gezählt. Hat nun keiner unter den Kandidaten die erforderliche Mehrheit, so wählt das Repräsentantenhaus durch Stimmzettel den Präsidenten aus den drei Kan-

didaten, die die höchste Stimmenzahl haben. Hieraus ergibt sich, daß es außer den offiziellen Kandidaten der großen Parteien noch ein paar „Wildpferde“ gibt, und zweitens, daß die Wahl durch den Kongreß selbst für den allerersten Kandidaten zu einer gefährlichen Klippe werden kann, denn das Repräsentantenhaus braucht durchwegs nicht den Kandidaten, der bei der Wahl die meisten Stimmen erhalten hat, zu wählen. Da bei einer etwaigen Wahl durch den Kongreß die Vertretung jedes Staates nur eine Stimme hat, kann man leicht erkennen, wo und wie die Freunde La Follette für ihren Mann Gewinnmöglichkeiten sehen und von welcher Art die Sorgen sind, die das Herz der Freunde Coolidge — an Davis denkt kein Mensch — bewegen. Kommt die Sache an das Repräsentantenhaus, so ist in dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten auch das Unmöglichste möglich — trotz der acht gegen eins, mit denen die Wetterpropheten Herrn La Follette hinausstoßen wollen.

Nach und Fern.

Goldverfälschungen nach Deutschland. Nach dem „Wahlfreie Journal“ werden in aller Kürze beträchtliche Goldverfälschungen von New York nach Deutschland flutend, sie werden voraussichtlich 12 bis 15 Millionen Dollar in Gold umfassen. Die Deutsche Reichsbank hat bisher noch nicht entschieden, welche Verwendung der Erlös der deutschen Anleihe finden soll.

Gedenkfeste des Potsdamer Militärwaisenhauses. Die Gedenkfeste zum 200-jährigen Bestehen des früheren Militärwaisenhauses fanden ihren Höhepunkt in dem auf den Hofe der Anstalt veranstalteten offiziellen Fest. Vorher war bereits ein Franz am Namenstag des Gründers, Königs Friedrich Wilhelm I., niedergelegt und Festopferdienst in der Garnisonkirche abgehalten worden.

Schweinfurter Grün im Verkehr. Einem Waidenstreich ist der Viehbestand des Muttersechters Rosolowski in Berlin zum Opfer gefallen. Rosolowski unterhält einen kleinen Muttersechtershof und hat seine Kühe und verschiedene Kleinvieh. Schon wiederholt ist der Versuch gemacht worden, den Mann in seinem Erwerb zu schädigen, man hat indes der fälschlichen Grün, Schweinfurter Grün, unter das Futter gemischt, wo es wegen seiner grünen Farbe nicht leicht erkennbar war. Dieser ruchlose Plan ist leider gelungen. Eine der Kühe ist bereits an den geschwundenen Gliedmaßen eingegangen, die neun anderen sind so schwer erkrankt, daß auch sie wahrscheinlich nicht zu retten sein werden.

Ein mißlungenes Eisenbahnattentat. Auf den Vormittag 21. des Vorkriegs in Weidenburg um 7.57 Uhr verließen beide, die zwischen den Stationen Brügg und Dammenswalde, 500 Meter von der Station Brügg entfernt, ein Attentat verübt wurde. An einem Schrankenübergang ist eine 34 Meter lange Eisenbahnschiene, die als Warnungstafel verwendet wurde, von unbekanntem Täter quer über die Schienen gelegt worden. Die Schiene wurde von dem Zug in fünf Stücke geteilt. Es gelang noch rechtzeitig zu bremsen, bevor die letzten Wagen entgleisten.

Einfahrt der Technischen Hochschule in Hamburg. Infolge des bei der Häute- und Felleverarbeitungs-Gesellschaft ausgebrochenen Streiks ist die Technische Hochschule zur Vermeidung der Konzeptionsarbeiten eingeleitet worden.

Jahresliche Brandstiftungen, die Täter endlich verhaftet. Innerhalb weniger Wochen waren in der Umgebung von Wunstorf (Wunstorf Hannover) etwa 12 Brände, hauptsächlich bei Landwirten, ausgebrochen. Es sind in kurzer Frist große Vorräte an Getreide vernichtet worden. Man mußte aus Verlangen an Brandstiftung. Jetzt ist es gelungen, zwei Verbrecher zu fassen, die als Brandstifter in Frage kommen, von denen der eine schon sieben Male eingekerkert haben soll. Die

Verbrecherin wurde, den Verbrecher zu fassen, was nur mit Mühe verbunden werden konnte.

Die Viebestraße des Schupo-Wachmeisters. Vor dem Danziger Hauptbahnhof hat sich eine Viebestraße gebildet. Ein 21-jähriger Schupo-Wachmeister verlegte in einem Unfall von Eisenbahn eine Barabane durch einen Handstreik schwer und deren Reparatur leicht. Dann schob er sich selbst eine Regel in den Kopf. Seine Verletzungen und die des Wagens sind lebensgefährlich.

Dem Gedächtnis der in fremder Erde ruhenden deutschen Krieger. Der deutsche Vorkämpfer in Paris hat an Allerheiligen wie alljährlich in Gegenwart der deutschen Kolonie einen Kranz an den Gräbern der in Paris bestatteten deutschen Krieger niedergelegt. Die Feier, bei der die Vorkämpfer von Hoch eine Ansprache hielt, fand in der Mittagsstunde auf dem Friedhof von Suresnes südlich von Paris statt.

Unwetter auf dem Atlantischen Ozean. Der Dampfer „Vremen“ des Norddeutschen Lloyd ist in Newport eingetroffen und hat nach Mitteilung des Kapitäns eine große Unwetterkatastrophe durchgemacht. Das Schiff wurde von Wellen vollständig überflutet und selbst die Kommandobrücke stand ständig unter Wasser. Der Kapitän erklärte, daß es das größte Unwetter gewesen sei, das er seit 40 Jahren erlebt habe. Auch verschiebene andere Schiffe wurden von dem Unwetter überflutet, so daß man noch nicht weiß, ob sämtliche Schiffe das Unwetter überstanden haben.

Kellerkellerei in Weipol. Da dem Hotel- und Restaurationspersonal die vor einigen Tagen verlangten Lohnveränderungen nicht gewährt wurden, hat eine Versammlung den sofortigen Streik beschlossen. Wegen Personalmangels mußten die Restaurants schließen. Die Generalkasse geteilt nur den Weiterbetrieb der Hotels und der Badewirtschaft.

Der Dieb im Koffer. In einem großen Londoner Warenhaus fanden Angehörige eines Tages einen fremden Koffer, der mit allerbester Kräfte, die aus dem Geschäft gestohlen waren, gefüllt war. Ein Sandkettchen lagte sich abends in der Nähe des Bundesorts auf die Kante und sah gegen 9 Uhr zu seinem Erscheinen, daß sich ein Koffer öffnete und ein Mensch ihm entstieg. Der Mann war so erschöpft, daß er sich ohne Widerstand gefangen gab.

10 000 Morde jährlich in Amerika. Ebenso wie in vielen anderen Gebieten hält Amerika auch den Rekord in der Kriminalität. Die Statistik verzeichnet 10 000 Morde jährlich. New York allein weist gebührt mehr Morde als ganz England auf, Chicago hundertmal soviel Einbrüche wie ganz England und hundertmal soviel Raubdiebstähle wie London.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Mord um eine Grabschale. Das Oberste Gericht verurteilte den Arbeiter Johann Mattner aus Grimnitz, Kreis Weissenberg, wegen Mordes an Tobe. Mattner hatte die Witwe Weidmann, die Tante seiner Frau, die in einem Testament die Hälfte nach ihrem Tode zur Witwe des Mannes eingesetzt hatte, im März d. J. ermordet und dann zur Verhöhnung eines Selbstmordes aufgefängt. Er wollte dadurch schneller in den Besitz des Grundbesitzes kommen. Die wegen Mordes mitangelegte Ehefrau Grabschale Mattner wurde freigesprochen.

Ein Schachmeister, der Provisionen nimmt. Der Kellerkellerei Schachmeister von Randa Charles Mattens, der unter dem zu drei Jahren verurteilten Schachmeister Peter Entsch im Amt war, wurde wegen Annahme von Provisionen zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt.

Fürstin Laja.

4) Roman von Erich Genslein.
Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1923.

Schweigend nahm er die Briefe und las sie. Der erste, von der Fürstin Kuzjow, gleich dem zweiten von Selbens auf ein Paar. Beide enthielten fast mit dem gleichen Wortlaut eine Abfrage für den nächsten Abend ohne Angabe des Grundes.
Der letzte Brief von Euphine Doll aber lautete: „Meine liebe Laja, Du hast ganz recht geraten, daß es nur ein erster Grund sein konnte, der mich so lange abhielt, Dir zu schreiben. Frant ist geflohen, niemand auf Dollenau, aber es fiel mir wirklich schwer, etwas zu berichten, das doch endlich gesagt werden muß — und so froh ist es denn immer auf bis heute. Da Du aber keine Eltern mehr besitzt, und ich als Deine liebliche Tante sozusagen die Pflicht habe, offen mit Dir zu reden, so nimm's nicht übel, wenn ich nun ohne Umschweife damit beginne.“

Meine liebe Laja, was treibst Du denn für Unsinne? Du habst dich allseitig für ein leidlich vernünftiges Frauenzimmer gehalten und immer einen großen Respekt vor Deiner Klugheit gehabt. Wo hast Du denn nun belüßt gelassen? Natürlich hast ich so wohl Dich als Malier viel zu lieb, um etwas Unrechtes von Euch zu denken — aber, Kinder, was fällt Euch denn ein, Laja für Laja oder Welt zum Trotz, bestimmen zu sitzen? Man sag mir, daß Ihr auch lange Witte zu werden magt, daß Malier abends oft den Tee auf Dollenau nimmt, daß Ihr Euch auf Beerdigung bei Bekannten trefft, und so weiter und so weiter.

Klar! Natürlich. Saramlose verhandlungsfähige Kameradschaft unter der selbstverständlichen Legende Deiner Gesellschaften, liebe Laja — nicht wahr? Der Liebe keine Spur, denn dazu denke ich doch viel zu hoch von Dir — nein, von Euch beiden.

Aber — ja, aber, meine liebe Malier! Du kennst doch die Welt, lebst in ihr, bist doch angewiesen! Hast Du denn nicht beobachtet, daß die Epigen auf dem Dache über Euch pfeifen könnten? Nun, ich kann Dir versichern, sie pfeifen schon sehr

laut — und gar nicht höher! Eines Weibes Aufgleicht dem Mannes Spiegel, jeder Hauch schon trübt ihn. Vielleicht ist das heute allmählich gebadet, aber ich bin eben atmofisch in allen Dingen und will's auch bleiben. Darum läßt es mir keine Ruhe, daß der Name einer Doll also durch Gewöhnung unreinigt wird.

So, nun ist's heraus und mir ist leichter. Natürlich weißt Du, daß ich Dir die Augen geöffnet habe, wissen, was Du zu tun hast. Malier soll machen, was er will — auf Dollenau darf er nicht mehr, ehe Gumbard Kambach aus Afrika zurückgekehrt ist. Du aber gehe auf Weiden, oder komm, wenn Du willst, zu uns. Walter und wir Alten würden uns sehr freuen. Bei uns zwei wackeln Leuten muß der arme Walter sich ohnehin recht langweilen.

Das weitere Gespräch, das man mir zutrug, daß schon ein förmlicher Schlauchplan gegen Euch entworfen sei, daß man keine Einladung mehr annehmen, Dich nicht mehr empfangen wolle — das halte ich für Unfinn. So arg kann es ja doch noch nicht sein! Aber jedenfalls wäre es gut, wenn Du Deinen Nachbarn ein wenig aus dem Wege ängstest. Im Winter kommt dann Dein Mann zurück, die Saison in Wien beginnt, und dann kommt alles von selbst wieder ins Geleise. Also überlege nicht lange und zehle mir den Tag Deines Kommens an.

Von Felician viele Grüße. Es geht ihm gut, und er ist glücklich über eine neuerfundene Patience. Walter, der seinen Geistesleben, wie immer, ein mufterhafter Enkel ist, grüßt dich ebenfalls herzlich. Wenn Du kommst, brünette ich mit Euphine Dollenau — dem armen Malier läte wohl ein wenig Aufheiterung gut — recht nette Ausflüge machen.

In der sicheren Voraussetzung, Dich bestimmt bald auf Dollenau zu begrüßen, küßt Dich Deine stets getreue Großtante Euphine.“

Malier legte den Brief Schweigend zu den übrigen und hob den Brief zu Laja. Er sah da wie verneigt und starrte ihn tröstlich an.

Lange Zeit sahen sie sich gegenüber, stumm, bang, ratlos, einander unverwandt ansehend.

Endlich rief Malier seiner heraus: „Und nun? Was meinst Du, was gekheben soll, um...“

„Ich weiß es nicht!“ flammte die Fürstin, immer noch hilflos zu ihm aufblickend.

„Richtig! Ich lege die Hände vor das Gesicht und brach in leidenschaftliches Schluchzen aus.“

„O — mir das! Mir! Was hab' ich denn getan, daß sie mich behandeln wie eine Unschöne? Hilf mir, Malier, hilf mir — ich ertrag's nicht!“

Es klang ihm namenlos, sie weinen zu sehen. Wie ein schwer Schuldiger kam er sich vor. Er, der Mann, hätte es ja wissen, hätte es voraussehen müssen! Statt dessen hatte er in dem Gefühl, vor Gott und seinem Gewissen nichts Unrechtes zu tun, nicht einmal daran gedacht!

Und nun lag ihr an sich schuldloser Verlehr bloß. Mich auf ihnen beiden wie eine erdrückende Schuld.

Malier stand auf und trat zu der noch immer schluchzenden Fürstin. Willkürlich strich er über ihre Haare und sagte gepreßt: „Wir haben vielleicht doch gefehlt, Laja — wenn auch nur in Gedankenlosigkeit. Du selbst gestehst mir heute, wie die Welt uns von ihrem Standpunkt aus betrachtet — vielleicht hat sie ein Recht, den, der in ihr lebt, zu richten.“

Laja ließ die Hände sinken und blühte verwirrt auf. „Du richtest? Sind wir denn Verbrecher? Haben wir je etwas Unrechtes auch nur gewollt?“

„Mein. Aber wir haben uns sorglos über die Sündigen dieser unserer Welt hingelegt in dem Wahn, nichts Böses dabei zu tun. Das war ungewöhnlich, und darum nimmt man es übel. So wie sagte einmal irgendjemand:“

„Mit der Welt muß niemand leben, Mit der sie brauchen will; Ist er Brauchlos und still, Sollt er sich lieber dem Raufel ergeben Als zu tun, was sie will.“

Es ist ein wahres Wort, und seine logische Konsequenz: Wer nicht tut, was die Welt will, muß ohne sie leben können.“ (Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich: zweimal am Mittwoch
Sonabend (Ausgabe am Abend vorher).
Bezugspreis wird monatlich festgelegt
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und
die Verteiler, die Zeitungsboten und die
Bestellstellen, Zougasse 3, entgegen.
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Verkehrs-
störung usw. erlischt jeder Anspruch auf Er-
füllung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Antliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Verkehrs-Anschluss Nr. 24.

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Milli-
meter hohen Raum 5 Goldpfennig, für abzer-
halb Wohnende 7 Goldpf., für Anzeigen im
amtlichen Teil 10 Goldpf., im Realmeterteil
15 Goldpf., einseitig Umrahmung, Spaltenrand
und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigen-Abnahme bis Dienstag und Freitag
vormittag 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs
werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. 11.

Nr. 90.

Sonabend, den 8. November 1924.

27. Jahrg.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung beabsichtigt sämtlich Anhaltstädte als Gründungen.

* Die amtliche bayerische Staatszeitung weist auf Gerichte von in Bayern angelegten verschiedenen Umstrukturierungen als unrichtig zurück.

* Die Verfassungen in den Rheinprovinzen durch das Hochwasser sind berichtigt, das Gilt von der Regierung gebildet wird.

* Nach der Wahl Coolidges zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wurde ein Programm veröffentlicht, nach dem Coolidges Regierung sich am Aufbau Deutschlands beteiligen werde.

* In Peking wurde der unabh. bisher noch im kaiserlichen Palast belassene Sogantaisler vertrieben und das kaiserliche Stadtwortel befreit.

Französische Lächerlichkeiten.

Man sprach in Deutschland von der „letzten“ Militärkontrolle, die kurzzeitig im Gange ist. Aber was schon früher erlebt wurde, stellt sich jetzt wieder ein: zu rechter Zeit, nämlich ehe die Kontrolle zu Ende ist, ergaben sich Funde von ein paar Rollen alten Stachelbrats, angeblicher Kaiserfesten für Wachmangenebener oder, was das wichtigste ist, Zwischensfälle. So im Augenblick in der Sogantaisler, wo bei einem Kontrollbesuch in der Volksmehrheit zwei Exzentriker von einer erregten Volksmenge bedrängt wurden. Die bayerische Staatsregierung hat sofort strenge Untersuchung eingeleitet. Der an Ort und Stelle befindliche Polizeibeamte ist vorläufig vom Dienst entbunden worden. Allgemein ist die Auffassung, daß die Erregung über diese Kontrollbetätigungen verständlich sei, daß man aber alle Ausschreitungen verurteilen muß, da ja Deutschland zur Duldung verpflichtet ist.

Aber — und das ist bezeichnend — Frankreich wird durch seine Presse mit den wilden Wortschöpfungen aus Deutschland überschüttet. Wie besetzte Araber klingen es, wenn auch in der Sprache des Kaiser, daß Deutschland trotz der früheren Minister in wenigen Monaten keine Gesamtschuld wiederherstellen könne. Die Absicht ist also deutlich, man will beweisen, daß selbst die ausgiebigste Kontrolle des Völkervertrages über die militärischen Mitteln Deutschlands nicht genüge, sondern daß die Entzweiung diese Kontrolle behalten müsse. Daß dabei in ein bißchen der Verfallener Vertrag verlegt wird, spielt keine Rolle.

Was j. W. der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ nun über angebliche Äußerungen von Offizieren der internationalen Militärkommission hinsichtlich ihrer Tätigkeit veröffentlicht, war ein solch komplizierter Anfang, daß er sogar einer halbamtlichen deutschen Zurückweisung genötigt wurde, aus der man aber auch über das Freiben der Kommission erfuhr. Zunächst wird festgestellt, daß die Kontrollkommissionen bisher nicht weniger als 932 Besuche bei Fabriken, ohne jeden Zwischenfall sind diese fast 1000 Besuche verlaufen. Im übrigen würde von der französischen Presse bewußt oder unbewußt die Unwahrheit verbreitet, wenn zum Beispiel behauptet wird, daß man auf den Stachelbraten Nachrichten bei Spandau ein bedeutendes Lager von Wachmangenebener gefunden habe. In Wirklichkeit war die Sache so, daß man dort Wachmangenebener in verhältnismäßig geringer Zahl gefunden habe. In Wirklichkeit war die Sache so, daß man dort Wachmangenebener in verhältnismäßig geringer Zahl gefunden habe.

Sogar die Fabrikation von Granatenhilfen habe die Kontrollkommission festgestellt, so behauptet das „Echo de Paris“. Wozu passiert ihr dabei die Verwechslung mit Stachelbraten für die Apparat, und daher stellt die deutsche Erklärung an die französische Zeitung die Forderung, doch nun einmal eine Patente mit Namen anzugeben, doch nun einmal eine Patente mit Namen anzugeben, und die dabei von der Kontrollkommission erwirkt worden sei. Ebenfalls seien in den Stachelbraten Granatenhilfen und Granaten neue Befestigungsanlagen durch die Kontrollkommission festgestellt worden. Für jeden Fehler der französischen Behauptungen sind derartige Behauptungen Lächerlichkeiten. Wenn man der deutschen Regierung einen Vorwurf aus dem angeblichen Verhalten geheimer Militärorganisationen machen will, so muß doch

gesagt werden, daß die deutsche Regierung alles darangesetzt hat, gegen diese einzugreifen.

Aber Frankreich will ja jede Schängengilde schon für eine Militärorganisation halten, die sich mit der Vorbereitung zu dem Revolutionskrieg befaßt. Und dann beklagt man sich jenseits des Rheins, daß in Deutschland immer noch die „Abrüstung des Geistes“ auf sich warten lasse. Ist nun die Lächerlichkeit solcher Annahme aus Frankreich größer oder ist es ihre bewußte Absicht, schädigend und verheerend zu wirken?

Wahlordnung für Preußen.

Die neuen Bestimmungen.

Durch das neue Landeswahlgesetz und die neue Landeswahlordnung ist eine möglichst weitgehende Angleichung des preussischen Wahlrechts an das Reichswahlrecht angestrebt, so daß bei den für die Landtagswahlen erforderlich werdenden Wahlvorbereitungen die rechtserleichternden Bestimmungen zur Grundlage gemacht werden können. Nur in einigen Punkten wird abgewichen, wie nachfolgend zu ersehen ist.

Das Wahlrecht zum Preussischen Landtag wird ausdrücklich an das Vorhandensein eines Wohnortes in Preußen geknüpft. Nur preussische Staatsbeamte, Arbeiter und Angehörige in preussischen Staatsbetrieben sowie die zu ihrem Haushalt gehörigen Personen sind beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen für das Wahlrecht auch dann zum Landtag wahlberechtigt, wenn sie zwar außerhalb des preussischen Staatsgebietes, aber nahe der Landesgrenze wohnen. Einbürgerte Staatsangehörige ist für die Wahlberechtigung nicht erforderlich. Die Beschaffung der Stimmzettel ist nach der Preussischen Landeswahlordnung ausdrücklich zur Aufgabe der Kreiswahlleiter gemacht, während dies in der Reichswahlordnung offen gelassen ist. Die preussische Wahlordnung weist darauf hin, daß für die Wahlen hauptsächlich Schulen und ähnliche Gemeinderäume in Betracht kommen. Gemäßigt wird bei beiden Wahlen mit einem Wahlzettelumschlag. Es wird dementsprechend auch für beide Wahlen ein und dieselbe Wahlurne benutzt und die Verwendung einer zweiten Urne ist nur dann gestattet, wenn die Wahl nach Geschlechtern getrennt vorgenommen wird.

Eine Proklamation Coolidges.

Richtlinien der Außenpolitik.

Das Weiße Haus in Washington hat nach dem Bekanntwerden der Präsidentenwahlresultate den Vertretern der Presse folgende Richtlinien für die Fortführung der auswärtigen Politik der Vereinigten Staaten gegeben. Erstens: Festhalten an der Idee der internationalen Schiedsgerichte und Ausgans der letzten Zweifelschaltung. Zweitens: Keine Streichung der alliierten Kriegsschuld. Drittens: Mitwirkung am Aufbau Deutschlands. Viertens: Mitwirkung an europäischen Angelegenheiten, soweit vitale amerikanische Interessen im Spiele sind.

In einer Proklamation begrüßt der neue Präsident Coolidge den Beginn friedlicher Beziehungen zwischen den anderen Völkern. Die Macht, die der amerikanischen Nation verliehen sei, soll dazu verwendet werden, anderen weniger begünstigten Völkern zu helfen. Der wünschenswerte Sieg der Republikaner bei der Präsidentschaftswahl kommt bei der künftigen Zusammenkunft des Kongresses, also des Senats und des Repräsentantenhauses, bedeutend weniger stark zum Ausdruck. Bei der Präsidentschaftswahl sind insgesamt 32 Millionen Stimmen abgegeben worden, von denen Coolidge nur 17 Millionen, Davis 8 und La Follette 7 Millionen erhalten haben. Senat werden aber die Republikaner kaum zwei bis drei Stimmen über die absolute Mehrheit erhalten. Repräsentantenhaus sind 241 Republikaner, 190 Demokraten und 16 Radikale gewählt worden. Außer Teag hat auch der Senat Whiting einen demokratischen Gouverneur gewählt, nämlich Frau Roosevelt, die frühere Gouverneurin. In Chicago ist zum ersten Male ein Abgeordneter der Republikaner gewählt worden. Das Kabinett Coolidges in seinen wichtigen Posten unverändert.

Vertreibung des chinesischen Kaisers.

Der Mandschuapost befehlt.

In Peking erließerte trotz der politischen Umwandlung Chinas in eine Art von Republik der Nachfahre der chinesischen Mandschuakaiser, der letzte Sogantaisler, Man hatte ihm, einen noch Unmündigen, den Titel und den Palast gelassen.

Jetzt hat die provisorische Regierung unter dem chinesischen Staatsfeldmarschall Fongjuhsiang den

Sogantaisler aus dem Palast vertrieben. Fongjuhsiang entsandte Militärs und Polizeibeamte in das kaiserliche Viertel, die den Hofmarschall aufstuden und ihn von der Residenz der Regierung unterrichteten, daß ganze kaiserliche Viertel zu übernehmen. Es wurde dem Kaiser ein neues Wohnquartier zwischen der chinesischen Regierung und der Mandschuakaiser vorgelegt, während der Kaiser auf alle Freigelder und Mittel verzichtet. Seine jährlichen Einnahmen wurden von vier Millionen auf 500 000 chinesische Dollar herabgesetzt. Eine Kommission soll eingesetzt werden, die eindeutig entscheidet, was Staatseigentum und was Privateigentum der kaiserlichen Familie sei. Der unmündige Kaiser ist aus dem Palast mit der gesamten mandschuakaiserlichen Familie in den väterlichen Palast im westlichen Stadteil übergesiedelt.

Zu diplomatischen Verträgen verhandelt, daß dieses neue Mandar der provisorischen Regierung auf Antragsstellung des Sowjetlandes Karagan und des mit der Sowjetregierung eng verknüpften sibirischen Präsidenten Suhaifen zurückzuführen sei und einen ersten Schritt auf dem Wege zur Bildung einer „roten Republik“ darstelle.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsch-französische Wirtschaftsverhandlungen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen haben in Paris wieder begonnen. Der „Temps“ meint, daß ein Kompromiß erzielt worden sei. Deutschland habe sich bereit erklärt, Frankreichs Weltbegünstigung anzuerkennen, Frankreich würde einen Mindestzins auf eine Reihe von Werten anwenden, die den deutschen Ausfuhrhandel besonders interessieren.

Das preussische Innenministerium an die Beamten.

Minister Gebering ersucht in einer Verfügung an die Behörden, sich vor jedem Besuch von Feiern, Beschlüssen usw. genau über den Charakter der Veranstaltungen zu unterrichten. Wiederholt seien Beamte, die als Vertreter der Behörden entsandt waren, bei solchen Anlässen durch Entschuldigungen der Veramten, Veramten sowie von monarchischen Gedanken, gemeinsamen Gesinnung vergebender Liebe, Ergebenheits- und Begrüßungstelegramme und dergl. in eine Lage verlegt worden, die in Widerspruch mit ihren Pflichten gegenüber der Veramten steht.

„In Bayern.“

Bayern nimmt unter der Überschrift „gegen die Aufschlingung und sein verantworten“ daran, von der Regierung werde jeder Versuch, die Regierung oder gar gewalttätigen eintreten.

Die für deutsche Waren. Das Mittelteil bis jetzt seien in den 26 Prozentigen Abgabenführten Waren eingetragt ab alle derartigen Anzeigen müßten.

Die des Reichswirtschaftsministeriums und Erben noch Ausnahme bezügl. für aufzuheben. Die Stadt Danzig beschließt, Schrift in derselben Weise Deutschland einzuführen. Das hat sich eine neue Fraktion und tabilität vereinigt. Die Wahlen sind beschließen. Nachrichten aus Metz hat der Kaiser als Mitglied in der „des Propheten Wölfling“

Vom Wahlkampf.

Wahlfreiheit im Rheinland. Die Reichsregierung hat mit den Befugnisgewalten in London, Paris und Brüssel wegen der Sicherstellung der Freiheit der Wahlplagation im besetzten Gebiet Fällung genommen. Nach den Zusicherungen, die die Befugnisgewalten gegeben haben, kann

